

Heimaufsicht

Dienstgebäude Hildesheim
Domhof 1, 31134 Hildesheim
Tel.: 05121 / 304 – 0
Fax: 05121 / 304 – 611

Dienstgebäude Oldenburg
Moslestraße 1, 26122 Oldenburg
Tel.: 0441 / 2229 - 0
Fax: 0441 / 2229 - 7490

Dienstgebäude Osnabrück
Iburger Str. 30, 49082 Osnabrück
Tel.: 0541 / 5845 – 0
Fax: 0541 / 5845 – 297

Dienstgebäude Braunschweig
Schillstr. 1, 38102 Braunschweig
Tel.: 0531 / 7019 – 0
Fax: 0531 / 7019 – 199

Dienstgebäude Hannover
Am Waterlooplatz 11, 30169 Hannover
Tel.: 0511 / 106 - 0
Fax: 0511 / 106 - 2670

Dienstgebäude Verden
Marienstr. 8, 27283 Verden
Tel.: 04231 / 14 – 0
Fax: 04231 / 14 – 135

Merkblatt zur Medikamentenverwaltung

Nach **§ 5 Abs. 2 Nr. 11 NuWG** darf ein Heim nur betrieben werden, wenn in ihm sichergestellt wird, dass die Arzneimittel bewohnerbezogen und ordnungsgemäß aufbewahrt und die in der Pflege und die in der Förderung volljähriger Menschen mit Behinderungen (§ 53 SGB XII) tätigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mindestens einmal im Jahr über den sachgerechten Umgang mit Arzneimitteln beraten werden.

Gemäß **§ 8 Abs. 1 Nr. 4 NuWG** ist vom Betreiber eines Heims unter Beachtung der Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung in den Aufzeichnungen über den Betrieb darzustellen:

der Erhalt, die Aufbewahrung und die Verabreichung von Arzneimitteln sowie die pharmazeutische Überprüfung der Arzneimittelvorräte und die Unterweisung der Beschäftigten im sachgerechten Umgang mit Arzneimitteln.

Beim Abschluss eines Vertrages zur Versorgung der Bewohner von Heimen mit Arzneimitteln und apothekenpflichtigen Medizinprodukten zwischen Heimbetreibern und Betreibern einer öffentlichen Apotheke gilt das Apothekengesetz insbesondere **§ 12 a ApothekenG**.

Auf dieser Grundlage sind bei dem Umgang mit Medikamenten die umseitigen Hinweise besonders zu beachten.

Merkblatt der Heimaufsicht zur Medikamentenverwaltung

Allgemeine Anforderungen

- Alle Medikamente dürfen nur nach ärztlicher Verordnung verabreicht werden, d.h. auch nicht verschreibungspflichtige Medikamente.

Anforderungen an Aufbewahrung und Verabreichung

- Abschließbarer Medikamentenschrank einschließlich separat verschließbarem Fach ("Betäubungsmittelschrank") für Medikamente, die unter das Betäubungsmittelgesetz fallen
- schriftliche Schlüsselregelung
- Reinigungs- bzw. Wartungsprotokoll (mindestens halbjährliche Überprüfung des Schrankinhaltes durch examinierte Kräfte)
- Bewohnerbezogene Aufbewahrung (Jedes Medikament muss namentlich dem Bewohner zuzuordnen sein)
- Auf Verfallsdatum ist zu achten, flüssige Arzneien sind mit Anbruchdatum zu versehen.
- Flüssige Arzneien dürfen nur unmittelbar (bis zu 30 Minuten) vor Vergabe gestellt werden.
- Kühl aufzubewahrende Medikamente (z.B. Insuline, Rectiolen) sind in einem separaten abschließbaren Fach bewohnerbezogen im Kühlschrank aufzubewahren, sofern sich dieser nicht in einem verschlossenen Raum befindet.
- Abgesetzte oder nicht mehr benötigte Medikamente sind umgehend nach Absprache mit dem Bewohner bzw. dem Betreuer (Medikamente sind Eigentum des Bewohners) zu entsorgen.
- Spezielle Verfahrensweisen z.Z. bei Medikamentenverabreichung über Sonden (PEG) sind zu beachten.

Anforderungen an Dokumentation

- Alle Anordnungen einschließlich Änderungen, Absetzungen müssen dokumentenecht auf dem Medikamentenblatt in der Dokumentation vermerkt sein.
- Bei der Gabe von Bedarfsmedikamenten ist der konkrete Bedarf zu begründen.
- Die Wirkung der Medikamente (insbes. der Psychopharmaka) muss den Mitarbeitern bekannt sein. Die auftretenden Nebenwirkungen sind zu dokumentieren.
- Eine doppelte Dokumentation (z.B. gesonderte "Medikamentenzettel" am Schrank) ist wegen möglicher Übertragungsfehler zu vermeiden.
- Gesonderte Dokumentation, aus der der Bestand des "Betäubungsmittelschranks" hervorgeht.

Anforderungen an Personal

- Grundsätzlich sollten Medikamente nur von Pflegefachkräften gestellt und verabreicht werden. Sind keine Pflegekräfte vorhanden, ist in schriftlicher Form festzuhalten wer Medikamente stellen und verabreichen darf.
- Jährliche Schulungen dieser Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind zu dokumentieren.
- Nicht examinierte Kräfte dürfen keine intramuskulären oder intravenösen Injektionen verabreichen, bei subkutanen Injektionen von Insulin oder Heparin sollte ein Arzt schriftlich die Befähigung des nicht examinierten Mitarbeiters bestätigt haben.